

Frau Ministerin
Verena Schäffer
Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen
40219 Düsseldorf

Vorstand

Loher Str. 7
42283 Wuppertal

Telefon: 0202 28 22 433
Fax: 0202 28 22 428

vorstand@paritaet-nrw.org
Rückfragen: Dr. Isabel-Marie Höppner

20.04.2026

Offener Brief zu drastischen Kürzungsplänen von Bund, Ländern und Kommunen

Sehr geehrte Frau Ministerin,

mit erheblicher Sorge nehmen wir als Paritätischer Wohlfahrtsverband Nordrhein-Westfalen ein aktuell bekannt gewordenes Arbeitspapier einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe¹ zur Kenntnis, an dem auch das Land Nordrhein-Westfalen beteiligt war.

Die darin enthaltenen Vorschläge, die vor allem die Kinder- und Jugendhilfe sowie die Eingliederungshilfe betreffen, sind aus unserer Sicht nicht als einzelne fachpolitische Überlegungen zu bewerten, sondern als Ausdruck eines grundlegenden Paradigmenwechsels. In ihrer Gesamtheit zielen sie darauf ab, zentrale sozialstaatliche Prinzipien, wie das Wunsch- und Wahlrecht oder das Subsidiaritätsprinzip in Frage zu stellen und den Maßstab sozialpolitischen Handelns zugunsten von Kosteneinsparungen zu verschieben. In dieser Konsequenz und Dichte haben wir Vorschläge dieser Art bislang nicht für vorstellbar gehalten.

Das Papier folgt durchgängig einer Logik der Ausgabenbegrenzung. Leistungen werden danach beurteilt, ob und wie sie reduziert werden können; eine erkennbare Abwägung mit den Folgen für die betroffenen Menschen fehlt. Damit wird der Kern sozialstaatlicher Verantwortung verfehlt.

Die Konsequenzen werden in den konkreten Vorschlägen sichtbar: Individuelle Hilfen und Rechtsansprüche stehen zur Disposition, personenzentrierte Leistungen sollen zugunsten pauschaler und kollektiver Lösungen zurückgedrängt werden.

Damit geraten zentrale Prinzipien unseres Rechtsstaats unter Druck. Nicht mehr der individuelle Bedarf bestimmt die Ausgestaltung der Hilfe, sondern vorrangig Kosten- und Steuerungserwägungen. Unterstützung würde damit faktisch zugewiesen statt gewählt. Die Vielfalt freier Träger und differenzierter Angebote würde zugunsten stärker standardisierter und staatlich gesteuerter Strukturen zurückgedrängt. Die Streichungen von präventiven Unterstützungsleistungen an der eine Stel-

¹ Siehe hierzu die Veröffentlichung des Paritätischen Gesamtverbands: „Drohender Kahlschlag im Sozialen, Ein aktuelles Arbeitspapier von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden enthüllt drastische Kürzungspläne in der Kinder- und Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe.“, vom 16.04.2026

le sorgen darüber hinaus für höhere Folgekosten an anderen Stellen im Sozialsystem.

Dabei ist auch für uns klar, dass die Leistungen des Sozialstaates immer auch unter Effizienzgesichtspunkten bewertet werden müssen. Diese Diskussion muss aber transparent und öffentlich geführt werden. Geheime Arbeitsgruppen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne die Vertreter der betroffenen Menschen und der Einrichtungen, sorgen für einen Vertrauensverlust und Misstrauen.

Als Paritätischer Wohlfahrtsverband vertreten wir in NRW über 6.900 Träger und Einrichtungen, die diese Leistungen täglich erbringen. Sie sind auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen – und auf einen Sozialstaat, der seine Aufgaben nicht unter einen pauschalen Finanzierungsvorbehalt stellt. Die absehbaren Folgen eines solchen Ansatzes sind gravierend: Unterstützung wird weniger verlässlich, individuelle Bedarfe werden unzureichend berücksichtigt und bestehende Ungleichheiten drohen sich zu verschärfen. In zentralen Bereichen wie der Kinder- und Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe hätte dies unmittelbare Auswirkungen auf Lebensverläufe und Teilhabechancen.

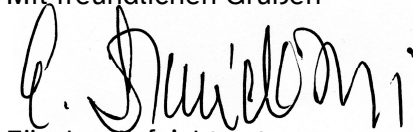
Das ist keine Weiterentwicklung des Sozialstaates. Es ist eine Abkehr von seinen Grundlagen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie um eine klare und transparente Auskunft darüber, in welchem Umfang Ihr Ministerium an den im Papier enthaltenen Vorschlägen mitgewirkt hat und wie die Sie diese bewerten. Ebenso bitten wir um eine eindeutige Einordnung, ob das Land eine solche Verschiebung im Verständnis sozialstaatlicher Verantwortung mitträgt oder ihr entgegentritt.

Der Sozialstaat ist keine variable Größe, die sich an fiskalischen Spielräumen orientiert. Er ist eine zentrale Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Sicherheit.

Ein gleichlautendes Schreiben haben wir auch an Herrn Minister Laumann versandt.

Mit freundlichen Grüßen



Für den Aufsichtsrat
Elke Schmidt-Sawatzki



Für den Vorstand
Christian Woltering